

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 51 (1959)

Heft: 12

Artikel: Zehn Jahre IBFG

Autor: Gottfurcht, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353920>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

unterläßt, den Bau gesunder und erschwinglicher Wohnungen durch geeignete Maßnahmen kräftig anzuregen.

Aehnlich wie in der Verteidigungs- und Landwirtschaftspolitik scheint uns auch in der Wirtschafts- und Wohnungspolitik *keine erkennbare langfristige Gesamtkonzeption* vorhanden zu sein. Im Interesse des ganzen Landes möchten wir wünschen, daß die Behörden mehr Konsequenz an den Tag legen und sich nicht auf unkoordinierte und teilweise doch wohl ungeeignete Einzelmaßnahmen beschränken.

Zehn Jahre IBFG

Wir übernehmen den nachfolgenden Artikel zum zehnjährigen Bestehen des IBFG den «Gewerkschaftlichen Monatsheften» des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hans Gottfurcht ist Generalsekretär-adjunkt des IBFG.

I

Als am 7. Dezember 1949 auf der Londoner internationalen Gewerkschaftskonferenz die Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) vollzogen wurde, mischten sich in die Freude über die vollzogene Tat Zweifel, ob die neue Schöpfung von Bestand sein würde. Vier Jahre vor diesem Gründungstag war in Paris der Weltgewerkschaftsbund (WGB) aus der Taufe gehoben worden, und man verband damals mit jener Gründung die Hoffnung, daß nach dem gemeinsamen Sieg über den Faschismus Demokraten und Kommunisten gemeinsam den Frieden gestalten könnten. Vier Jahre hatten ausgereicht, um zu zeigen, daß die Weltbeherrschungspläne der Kommunisten sich auch auf das Machtstreben in der Gewerkschaftsinternationale ausdehnten. Die Warnung, die der britische Gewerkschaftsführer *Walter Citrine* 1945 ausgesprochen hatte, daß der Weltgewerkschaftsbund zerbrechen müsse, wenn man den Versuch mache, in Gesinnungsfragen mit Abstimmungsmehrheiten zu arbeiten, hatte sich als wahr erwiesen. Seine Theorie, daß man in Weltanschauungsfragen nur überzeugt, aber niemals überstimmt werden könne, wurde von den Kommunisten im Weltgewerkschaftsbund mißachtet, so daß die Gründung einer neuen freien Gewerkschaftsinternationale notwendig wurde.

Da hierbei der Versuch gemacht wurde, alle demokratischen Elemente zusammenzufassen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Struktur ihrer Länder, auf den Entwicklungsgrad ihrer sozialen Ordnung und auf das Ausmaß ihrer politischen Selbständigkeit oder Abhängigkeit, befürchteten die Besorgten, daß der IBFG nach kurzer Zeit an diesen Widersprüchen scheitern müsse. Man zweifelte daran, daß sich der Drang der Kolonialvölker nach Selbständigkeit im IBFG durchsetzen würde, angesichts der immer noch vor-

handenen kolonialen Interessen der gleichfalls vertretenen großen Mächte. Man wußte nicht, wie der unbedingte Glaube an die kapitalistische Wirtschaftsordnung in den Vereinigten Staaten mit dem Drang nach sozialistischer Gestaltung in anderen Erdteilen harmonisiert werden könne. Man befürchtete, daß wohlverstandene nationalpolitische Ansprüche die eigenen gewerkschaftlichen Aufgaben überwuchern würden.

Es ist jetzt, nach zehn Jahren, nicht schwer festzustellen, daß diejenigen, die an die Notwendigkeit der Gründung des IBFG und an die Dauerhaftigkeit seines Bestandes glaubten, *recht behalten* haben. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß alle Probleme gelöst und alle Schwierigkeiten überwunden wurden. Zehn Jahre sind eine kurze Zeit in der 100jährigen Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung, aber dennoch eine beachtliche Zeitspanne im heutigen Entwicklungsstadium der Welt, da Dinge, die früher fünfzig Jahre gebraucht haben, heute in fünf oder zehn Jahren erledigt sein müssen.

II

Voraussetzung für die Arbeit des IBFG war, daß überall Fortschritte erzielt werden müssen. Selbst in den am höchsten entwickelten Industrieländern ist das Endziel nicht erreicht, auch in Ländern mit einer guten Sozialordnung gilt der Grundsatz, daß das Bessere der Feind des Guten ist, und so sehen wir in Europa und Amerika unermüdliche Anstrengungen um eine Erhöhung des Anteils der Arbeiter am Sozialprodukt, obwohl, verglichen mit vielen Ländern der weniger entwickelten Gebiete, der bereits erreichte Zustand die noch vor wenigen Jahrzehnten alltäglichen Erscheinungen der bitteren Not und des Hungers beseitigt hat. Die größte geistige Aufgabe des IBFG lag und liegt darin, die Einheit des freien Gewerkschaftsgedankens in aller Welt so tief in das Bewußtsein der Menschen zu bringen, daß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten oder in Schweden sehr bald nicht mehr imstand sein wird, an sein eigenes Schicksal zu denken, ohne gleichzeitig im Unterbewußtsein an die Lage der Arbeiter, etwa in Indien oder Chile, in Algerien oder Kenia, erinnert zu werden.

Eine andere große Aufgabe des IBFG, der viel Mühe gewidmet wurde und Jahrzehnte weiterer Mühe zu widmen sein werden, ist die Anerkennung der Gewerkschaften als ein unentbehrliches Element der gesellschaftlichen Ordnung demokratischer Gemeinschaften. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der deutsche Historiker *Treitschke* vom Universitätskatheder wegwerfende Bemerkungen über gewerkschaftliche Organisatoren machen durfte. Es gehört noch heute zum «guten Ton» in vielen Ländern, die «Wirtschaft» als das Monopol der Unternehmer anzusehen und die Gewerkschaften als Eindringlinge in eine ihnen fremde Sphäre mit allen nur erdenk-

lichen Mitteln zu bekämpfen. Selbst in demokratischen Ländern hat sich noch nicht überall der Grundsatz durchgesetzt, daß die Gewerkschaften *mehr* sind als berechtigte Interessenvertreter der Arbeitnehmer, und daß sie als die größte und zuverlässigste Massenorganisation ein unentbehrlicher Faktor für die Erhaltung demokratischer Staatsformen geworden sind. In Kolonialgebieten und in Ländern, die erst kürzlich ihre Freiheit errungen haben, werden die Gewerkschaften oft als eine Nebenorganisation politischer Parteien oder Kräfte angesehen, obwohl sie ihre Aufgaben zu erfüllen haben und in voller Unabhängigkeit, befreit von Vormundschaft und väterlichem Wohlwollen, ihren Weg gehen müssen. Der gesellschaftliche Hochmut, mit dem heute noch in vielen Ländern die Gewerkschaften behandelt werden, ist unzeitgemäß und gefährlich, er trägt dazu bei, Menschen, deren konstruktiver Beitrag dem Lande helfen und nützen könnte, in eine bittere Opposition zu treiben. Wir haben im IBFG erkannt, daß es nicht ausreicht, diesen Gedankengang den Machthabern der Länder nahezubringen, in denen die Gewerkschaften eine jüngere Erscheinung sind, solange wir nicht in den fortgeschrittenen Ländern diese Grundsätze überall durchgesetzt haben.

III

Diese allgemeinen Betrachtungen sind in keiner Weise erschöpfend, aber ich möchte doch den mir zur Verfügung stehenden Raum auch noch dazu benutzen, um über einige Entwicklungstendenzen zu schreiben, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre abgezeichnet haben.

Jeder Gewerkschaftskongreß, national oder international, muß sich mit laufenden Geschäften befassen. Geschäftsbericht und Kassenbericht, Wahlen und Satzungsänderungen gehören zu den üblichen Tagesordnungspunkten. Ich beabsichtige nicht, an dieser Stelle den Versuch einer Zusammenfassung des Geschäftsberichts zu machen, so interessant der Inhalt auch wäre. Ich halte es aber für angebracht, auf Tagesordnungspunkte des Brüsseler Kongresses (3. bis 12. Dezember 1959) hinzuweisen, die wichtige Fragen unserer gegenwärtigen und ständigen Arbeit behandeln.

Es ist beabsichtigt, eine *Weltübersicht über die Gewerkschaftsorganisationen* vorzulegen. Dabei soll insbesondere untersucht werden, welche Folgeerscheinungen, auch gewerkschaftlicher Art, sich aus der zunehmenden Zahl von hochqualifizierten Facharbeitern und noch mehr aus dem Anwachsen des Heeres der technischen und sonstigen Angestellten ergeben. Die Verhältniszahlen zwischen Angestellten und Arbeitern verschieben sich in den Industrieländern ständig, und die Funktion der Angestellten im Zeitalter der Automation wird immer bedeutender. Die alte Theorie von den Angestellten als dem verlängerten Arm der Geschäftsleitung hat ihren

Sinn verloren. Der Angestellte ist genau so Bestandteil der Arbeitermassen geworden, wie es der Facharbeiter vor Jahrzehnten schon wurde. Die gewerkschaftliche Eingliederung der Angestellten, die gegenseitige Rücksichtnahme von Angestellten und Arbeitern auf ihre besonderen Interessen, die Erkenntnis, daß nur gemeinsam – ohne Berücksichtigung der Organisationsform – Erfolge errungen werden können, sind für die Gewerkschaften wichtige Diskussionsfragen. Im gleichen Tagesordnungspunkt wird sich der Kongreß mit den Problemen der unorganisierten Landarbeiter auseinanderzusetzen haben, und die Entwicklung, die auf den Pflanzungen eingesetzt hat, wird zu untersuchen sein. Es ist wohl kaum eine Uebertreibung, zu sagen, daß man die Pflanzungen als so etwas wie eine landwirtschaftliche Industrie ansehen muß.

Es ist nicht die Aufgabe einer Internationale, den einzelnen Ländern ihre gewerkschaftliche Struktur vorzuschreiben. Wir sind nur daran interessiert, daß die Organisationen frei und unabhängig sind und daß ihre Funktionäre demokratisch gewählt werden. Ob es sich um Fach- oder Industrieverbände, um Sonderorganisationen für kleine Berufsgruppen oder um Millionenzusammenfassungen ganzer Industrien handelt, das sind Dinge von außerordentlicher Bedeutung im einzelnen Lande, sie stehen aber international nicht zur Entscheidung. Anderseits ist die Internationale an der Einheit der demokratischen Gewerkschaftsbewegung interessiert, und ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu wollen, muß doch gesagt werden, daß der Weiterbestand einer selbständigen *christlichen* Gewerkschaftsinternationale den Erfordernissen der Zeit nicht mehr gerecht wird.

IV

Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit *Freiheit und Weltfrieden*. An der Spitze aller unserer Sorgen steht heute die Erhaltung des Friedens. Die letzten Wochen und Monate haben in uns Hoffnungen geweckt, und wir können nur wünschen, daß sich die allgemeine Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit echter Siege in einem militärischen Konflikt überall durchgesetzt hat. Wir als Gewerkschafter dürfen nicht einen Augenblick vergessen, daß der Krieg oder das Gedankenspiel mit Lösungen durch einen Krieg auch darauf zurückzuführen ist, daß die freie Welt bis jetzt mit den Problemen der sozialen Besserstellung auch der bisher benachteiligten Völker nicht fertig geworden ist. Ob es sich um Brot oder Reis handelt, ob Völkerfreiheit oder Gleichberechtigung der Rassen gefordert werden, ob die gerechte Verteilung des Sozialertrages statt der weiteren Anhäufung und Konzentration von Kapital zur Debatte stehen, ob parlamentarische Demokratien oder Diktaturen irgendwelcher Art als Regierungsform ihre Anerkennung finden sollen, alle diese Probleme sind weder mit dem Polizei-

knüppel noch mit dem Kampfeinsatz der mächtigsten Armeen zu lösen, auch dann nicht, wenn an Stelle der sog. konventionellen Waffen die H-Bombe oder die chemische Kriegsführung tritt. Der Kampf um Freiheit und Weltfrieden ist vielmehr *ein Kampf der Ideen* als eine Auseinandersetzung der militärischen Stärke. Wir werden den Kampf gewinnen, wenn wir der Demokratie ihren vollen Inhalt geben. Die Welt ist zu groß, und die Menschen sind zu verschiedenartig, um alles in eine Schablone zu pressen. Nur die Erhaltung des Friedens berechtigt zu der Hoffnung, daß eine bessere Verständigung allmählich zu einem Leben in Frieden und Freiheit führen kann. Pessimisten sagen, daß Frieden um jeden Preis gleichbedeutend sei mit der Billigung der Diktatur, zumindest in einem erheblichen Teil der Welt. Ich persönlich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß die Demokratie den Siegeszug in der Welt vollenden kann, wenn die heute diktatorisch regierten Völker demokratische Formen wirklich kennen würden und verstehen könnten. Ein großer Teil der Erde hat Demokratie nie gekannt, und es ist nicht so einfach zu begreifen, daß Demokratie zwar die erstrebenswerteste, aber auch die am schwersten zu gestaltende Lebens- und Regierungsform ist. Sie muß beweisen, daß sie besser als jede Diktatur imstande ist, den im Entwicklungsstadium befindlichen Völkern bei der Erringung des Selbstbestimmungsrechts und der Freiheit sowie bei der Schaffung von Bildungsmöglichkeiten und der Erreichung eines ausreichenden Lebensstandards tatkräftig zu helfen.

In engem Zusammenhang mit diesen Problemen des Friedens und der Freiheit steht das Problem der freien Gewerkschaften in der Demokratie, die Rolle der Gewerkschaften in der Entwicklung demokratischer Institutionen. Die Probleme der Gewerkschaften nach dem Sturz von Diktaturen oder nach Beseitigung von Kolonialregimen sind zu erläutern, und es muß die Mitarbeit der Gewerkschaften beim Aufbau demokratischer und angemessener Wirtschaftssysteme auf demokratischer Grundlage vorbereitet und sichergestellt werden. Demokratie erfordert Verantwortungsbewußtsein des einzelnen, seine Mitwirkung in wichtigen Entscheidungen der Politik und Wirtschaft und die unabdingbare Erkenntnis, daß nicht irgendwelche auf dem Gipfel der Macht stehenden Politiker unser Leben gestalten, sondern wir selbst.

V

In einem besonderen Tagesordnungspunkt wird der *Kampf um die Gewerkschaftsrechte* Erörterung finden. Vieles hierüber ist schon in diesem Artikel gesagt worden. Aber abgesehen von der Unterdrückung der Gewerkschaften in den Diktaturländern, gibt es auch in manchen Industrieländern des Westens noch gewerkschaftsfeindliche Gesetze und Gepflogenheiten. Selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika mit der geballten Macht einer starken Gewerkschafts-

bewegung ist es den gemeinsamen Anstrengungen wirtschaftlicher Machtgruppen und der sie mit Sympathie behandelnden Regierung gelungen, Aenderungen der Gesetzgebung herbeizuführen, die keinen anderen Zweck haben, als die Aktionsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken. Auch in Großbritannien hört man nach dem konservativen Wahlsieg Stimmen, die eine Einengung der gewerkschaftlichen Freiheit verlangen. Zweifellos gibt es berechtigte Kritik an den Gewerkschaften, aber die Gesetzgebung wird wilde Streiks kaum beseitigen können. Nur der geschlossene Wille der demokratischen Gewerkschaftsmitglieder selbst kann mit immer noch vorhandenen Uebelständen und Korruptionserscheinungen fertig werden.

Von besonderer Bedeutung sind aber Aktionen zur Erringung voller Gewerkschaftsrechte in abhängigen Gebieten. Der deutsche Gewerkschafter von heute wird sich noch des Formularkriegs erinnern, der bei dem Wiederaufbau nach 1945 geführt werden mußte, um Gewerkschaften von den kontrollierenden Behörden genehmigt zu bekommen. Vervielfacht man diese Methode und stellt dabei in Rechnung, daß man die Erfüllung all der Formalitäten von Funktionären verlangt, für die Büroarbeit eine ungewohnte Sache ist, dann hat man eine ungefähre Vorstellung von der Erschwerung der Gewerkschaftsarbeit in Kolonialgebieten. Nur am Rande sei hingewiesen auf die selbst in der Gewerkschaftsbewegung noch bestehenden Rassentrennungen, insbesondere in bestimmten Gebieten Zentral- und Südafrikas, und die in der Südafrikanischen Union noch weitergehende Rechtslage, die den schwachen gewerkschaftlichen Kräften der farbigen Bevölkerung gar keine oder nur sehr geringe Rechte einräumt.

VI

Zu den wichtigsten Fragen des Kongresses gehört die *Stellungnahme zur Entwicklung der Weltwirtschaft*. In zwei Tagesordnungspunkten soll die Notwendigkeit einer dynamischen Weltwirtschaft und die Kapitalanlage in wirtschaftlich minderentwickelten Ländern behandelt werden. Im März dieses Jahres hat die Weltwirtschaftskonferenz der freien Gewerkschaften in Genf Aktionen zur Erreichung einer Politik der Vollbeschäftigung, einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer Stabilisierung der Rohstoffmärkte sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorgeschlagen. Der Kongreß wird auf die Notwendigkeit von Kapitalanlagen aus dem Ausland hinzuweisen haben, er wird sich mit den Quellen ausländischer und internationaler Kapitalfonds auseinandersetzen müssen, er wird ihre Verwendung zu erörtern haben, und er wird insbesondere die Politik der freien Gewerkschaften auf diesen Gebieten bestimmen müssen.

Den Regierungen der freien Welt muß wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß die großen Interessen der Allgemeinheit den

Vorrang vor beschränkten Sonderinteressen haben, sie müssen eine Politik der Vollbeschäftigung und der Wirtschaftsexpansion verfolgen sowie eine internationale Verständigung über Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und -märkte. Der Kampf um die Demokratie – und dies ist auch ein wirtschaftliches Thema – kann nur gewonnen werden, wenn größere Anstrengungen unternommen werden zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der minderentwickelten Länder und zur Verbesserung ihrer Ernährung, Bekleidung, Bildung, Berufsschulung und ihrer Wohnbedingungen.

Die wohlhabenden Länder müssen begreifen, daß sie ihre finanzielle Unterstützung wirtschaftlich minderentwickelter Länder wesentlich zu erhöhen haben und daß man 1 Prozent des Volkeinkommens als unerlässlichen Mindestbetrag für diesen Zweck anzusehen hat.

VII

Es wäre selbstverständlich möglich, in diesem Artikel ausführlich auf die *organisatorische Entwicklung* der im IBFG vereinten Organisationen einzugehen. Ausführliche Darlegungen könnten gemacht werden über die Entwicklung in Afrika und Asien, wo aus dem Nichts starke Regionalorganisationen geschaffen wurden. Wir könnten darauf hinweisen, daß aus den Millionenbeiträgen, die freiwillig von den Mitgliedern in der freien Welt für den Internationalen Solidaritätsfonds geleistet wurden, Projekte finanziert werden konnten, deren Finanzbedarf vor zehn Jahren jenseits aller optimistischen Erwartungen stand. Wir könnten zeigen, wie die gewerkschaftliche Bildungsarbeit durch den Auf- und Ausbau eigener Akademien in Asien und Afrika und durch die Vorbereitung ähnlicher Aktionen in Südamerika die Voraussetzungen für die Schulung der Funktionäre der Bewegung schafft. Jedes dieser Gebiete würde einen besonderen Artikel nicht nur rechtfertigen, sondern notwendig machen, aber wir müssen es hier bei dem allgemeinen Ueberblick bewenden lassen.

Wir haben in diesem Artikel der großen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Doktrin wenig Raum gewidmet, denn es kam darauf an, die eigene Stärke und die verbleibenden Aufgaben zu schildern. Ohne in einen übertriebenen Optimismus zu verfallen, darf wohl abschließend gesagt werden, daß die ersten zehn Jahre die Existenz des IBFG in vollem Umfang gerechtfertigt haben, daß die Erfolge beachtlich gewesen sind und daß wir das zweite Jahrzehnt mit großen Hoffnungen und Erwartungen beginnen können.

Hans Gottfurcht, Brüssel.